



Foto: Holger Menzel

Eine Form der Solidaritätsarbeit mit vielen Fragen

Städtepartnerschaften mit Nicaragua

Städtepartnerschaften sind in Deutschland schon lange zur Normalität geworden. Wer etwas auf sich hält, kann es schon mal wie Köln auf 24 Partnerschaften bringen. Dahinter liegen Berlin und Frankfurt (17), Darmstadt (15) und Nürnberg (14). Die Idee der Städtepartnerschaft entstand nach dem Zweiten Weltkrieg zur Förderung persönlicher Begegnungen und zum Kulturaustausch mit verschiedenen Ländern, um die in Europa aufgerissenen Wunden zu heilen. Mit 2023 Verbindungen mit französischen, 464 mit britischen und 395 mit polnischen Städten entfällt die Mehrheit der 5200 deutschen Städtepartnerschaften weiterhin auf Kommunen in Ländern, mit denen Deutschland eine Kriegsvorgangene hat. Pathetisch spricht die Bundeszentrale für Politische Bildung von den Städtepartnerschaften „als größte Friedensbewegung der Welt“. Partnerschaften deutscher Kommunen mit Schwesterstädten in Ländern der EU sollten sich zudem positiv auf den europäischen Integrationsprozess auswirken, Partnerschaften zwischen ost- und westdeutschen Städten die Wiedervereinigung unterstützen. Ganz andere Zielsetzungen verfolgen die heute in fast allen größeren Städten teilweise sehr aktiven Partnerschaftsprojekte mit Städten in Afrika, Asien und vor allem Lateinamerika. Dabei stellen sich aber auch andere Herausforderungen, wie der folgende Beitrag zu den Städtepartnerschaften mit Nicaragua zeigt.

VON KLAUS HESS UND ULLA SPARRER

Ursprünglich kommt die Idee der „politischen“ Städtepartnerschaften mit Ländern des Südens aus der Nicaragua-Solidarität. In der zweiten Hälfte der 80er-Jahre wurden in der damaligen Bundesrepublik rund 100 Partnerschaftsvereine gegründet, woraus knapp 30 bis heute existierende offizielle Städtepartnerschaften mit nicaraguanischen Städten und Gemeinden entstanden. Im Aufruf des Informationsbüros Nicaragua zur Gründung von Städtepartnerschaftsvereinen wurden 1984 drei Zielsetzungen genannt. Erstens: das Recht Nicaraguas auf einen eigenen Weg. Dieses wurde von den Regierungen der USA und der Bundesrepublik beschnitten, Nicaragua drohte die politische Isolierung. Bundesdeutsche Gemeinden sollten mit ihrem politischen Gewicht die fehlende politische Anerkennung kompensieren, die durch die Kohl-Regierung versagt wurde. Zweitens: Als Ausgleich für den Wirtschaftsboykott und die Folgen der ungerechten Handelsbeziehungen sollten städtische Gelder soziale und wirtschaftliche Aufbauprojekte nach dem Rückzug der Institutionen der bundesdeutschen Entwicklungszusammenarbeit finanzieren helfen. Und drittens: Vielseitige und dauerhafte direkte Kontakte, Besuche und Begegnungen sollten eine Gegenöffentlichkeit gegenüber dem Zerrbild Nicaraguas in den Massenmedien herstellen. Für den Aufbau solcher Städtepartnerschaften gab es exzellente Grundlagen: Zunächst eine seit Ende der 70er-Jahre starke, bundesweit organisierte Solidaritätsbewegung, die mit ihren Aktionen mediale Aufmerksamkeit und öffentli-

che Wirksamkeit erzielte. Zudem einen Handlungsrahmen, der sich nicht nur auf den Sturz einer Diktatur (von Somoza), sondern anders als bei allen anderen Solidaritätsbewegungen mit Ländern, Regionen und Gruppen im Süden auf die Begleitung beim Wiederaufbau bezog und damit in ein breites Lern-, Anschauungs- und Auseinandersetzungsfeld für gemischte Wirtschaft, partizipative Demokratie, Formen des sozialen Eigentums, Alphabetisierungs- und Gesundheitskampagnen mündete. Des Weiteren existierte ein politisches Koordinatensystem, das zumindest in Teilen der bundesdeutschen Öffentlichkeit die Hauptverantwortung für die kolonialen und undemokratischen Strukturen Nicaraguas in unserer eigenen imperialen Lebensweise, den Wirtschaftsinteressen deutscher Unternehmen und unserem Rohstoffhunger nach Kaffee, Baumwolle, Zucker, Fleisch, Futtermitteln und Agrosprit sah; mithin beschränkte sich Solidarität nicht auf die Unterstützung emanzipatorischer Kämpfe und den Wiederaufbau Nicaraguas, sondern umfasste auch die Auseinandersetzung um andere Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und die Veränderung unserer eigenen

Realität ländlicher Regionen Nicaraguas wurden. Denn sie konnten erzählen, was Armut, Ausbeutung und ungerechte Wirtschaftsstrukturen in der Realität bedeuteten. Nicht zu vergessen schließlich vorhandene Bezugspunkte bei der Auswahl der Partnerstädte, die anknüpften an das Gedenken in Nicaragua getöteter Personen (Enrique Schmidt Cuadra für Köln/Corinto, Bernd Koberstein und Tonio Pflaum für Freiburg/Wiwili), an topografische Bedingungen (Bielefeld/Estelí, Wuppertal/Matagalpa, Bremen/Corinto) oder an gewachsene Solidaritätsbeziehungen. Nach einer informellen Absprache in der Solidaritätsbewegung orientierte das Informationsbüro Nicaragua NRW-Städte (Dorsten, Herford, Solingen, Velbert, Wuppertal) auf Partnerschaften mit der nördlichen Berglandregion und hessische Städte auf Partnerschaften mit der Region IV/Masaya (Dietzenbach, Frankfurt, Gießen, Groß-Gerau und Offenbach).

Bald gerieten die entstandenen Städtepartnerschaften unter Rechtfertigungsdruck und zum Zankapfel der Solidaritätsbewegung. Gemessen an den genannten Zielen spielten zwar die materielle Unterstützung, der institutionelle Austausch, die technische Zusammenarbeit und die persönlichen Begegnungen eine bedeutende Rolle, jedoch gab es schon früh unterschiedliche Gewichtungen in der politischen Öffentlichkeitsarbeit und in der Auseinandersetzung mit dem politischen Establishment. Letzteres scheute politische Stellungnahmen, wie etwa die Anerkennung der politischen Verhältnisse in Nicaragua, wenn dies eine Angriffsfläche bieten könnte. Mit dem Hinweis, Polittourismus sei nicht erwünscht, brauchte es bei der Städtepartnerschaft Wuppertal/Matagalpa nach der offiziellen Vertragsunterzeichnung 30 Jahre, bis ein OB (Andreas Mücke) 2017 nicaraguanischen Boden betrat. In den Partnerschaftsvereinen entspann sich eine Kontroverse, wie weit Kompromisse mit dem politischen Establishment erlaubt seien, um Projektförderungen abzusichern. Bis auf Ausnahmen leben die Partnerschaften weniger von Aktivitäten der Verwaltung oder Parteien als vielmehr vom bürgerschaftlichen Engagement der Vereine. Es gab und gibt weiterhin viele direkte Kontakte zwischen Schulen, Kulturvereinen, Kindergärten, Feuerwehreinheiten, Künstler*innen und sonstigen bürgerschaftlichen Gruppen. Den Regierungswechsel nach der Wahlniederlage der FSLN 1990 auf nationaler Ebene, aber auch in vielen mit deutschen Kommunen verpartnerten Städten sowie die nachfolgenden 16 konservativen Regierungsjahre haben die meisten Städtepartnerschaftsinitiativen unspektakulär überstanden. Während sich die meisten Nica-Solidaritätskomitees und auch nationale Koordinationsstrukturen, Bundeskongresse und Rundbriefverteiler innerhalb von drei Jahren auflösten und die wenigen verbliebenen Gruppen sich komplett neu orientierten, indem sie die Fixierung auf den Staat, auf Avantgardeparteien (vor allem die FSLN) und Konzepte nationaler Entwicklung über Bord warfen und sich mit eman-



Foto: REINHOLD DALLENHÖFER

Lebensweise. Sodann gab es mehr als 400 örtliche, dezentral agierende Nicaragua-Gruppen, die in ihren Städten gut vernetzt waren und in Aktionseinheiten unterschiedlicher politischer Strömungen agierten, vom kirchlichen Sektor über Friedensgruppen, die sozialdemokratische, grüne und kommunistische Parteienlandschaft bis zu parteiunabhängigen, undogmatischen, radikalen sowie autonomen Linken. Auch genannt werden muss ein bereits vorhandenes engmaschiges Kontakt- und Beziehungsnetz zwischen deutschen und nicaraguanischen kommunalen Organisationen, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Bewegungen, Projekten und Einzelpersonen, das für die interkommunale Zusammenarbeit genutzt werden konnte, sowie mehrere tausend deutsche Einsatzhelfer*innen, die in Nicaragua zwei oder mehr Monate als Arbeitsbrigadist*innen in der Kaffeeernte oder beim Häuserbau mitgeholfen hatten und nach der Rückkehr in ihren Heimatstädten zu „Botschafter*innen“ der gelebten

Foto: Container mit Medizinhilfe für Granada und Rojava werden von der Frankfurter Feuerwehr beladen.

1) Quelle: deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas

zipatorischen Bewegungen, zum Beispiel feministischen Zusammenhängen, solidarisierten, kooperierten die 30 Städtepartnerschaften weiterhin mit politisch wechselnden *Alcaldías* (Rathäusern).

Erst beginnend mit dem erneuten Regierungswechsel 2007 hin zur Rückkehr Daniel Ortegas ins Präsidentenamt, noch deutlicher nach den nicaraguanischen Kommunalwahlen im November 2008, die Unregelmäßigkeiten, Wahlbetrug, Übernahme fast aller Bürgermeisterämter durch die FSLN und Gleichschaltung durch das Präsidialamt aufwiesen, kam es auch zu Friktionen in einzelnen Städtepartnerschaften. So steckte 2009 in Hamburg die „offizielle“ Städtepartnerschaft in einer weit tieferen Krise als die Solidaritätsgruppen, nachdem die Senatskanzlei wie der Nicaraguaverein aufgrund von Manipulationen die Zusammenarbeit mit dem Bürgermeisteramt León abgebrochen und eine zum Jubiläumsjahr in Hamburg geplante Konferenz der Partnerstädte abgesagt hatten. Seither werden die offiziellen Partnerschaftsmittel über ein Kuratorium ausgeschrieben und Nicht-regierungsorganisationen in León können sich bewerben.

Während die Solidaritätsgruppen immerhin auf zwei kleinen Bundestreffen (März 2010 und Mai 2011) eine Verständigung über gemeinsame Grundlagen und Kriterien für eine „staatsferne emanzipatorische Solidarität“ (vgl. Positionspapier, Fußnote 2) herstellen konnten, gab es für die Städtepartnerschaften in dieser Zeit nur eine lose „unpolitische“ Koordinierung durch die Runden Tische „Kommunale Partnerschaften mit Nicaragua“, die die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (Engagement Global/BMZ) vorrangig für deutsche Kommunalvertreter*innen zum Fach- und Erfahrungsaustausch durchführte. Eingebettet ist dieses Engagement in die Förderstrukturen zur Entwicklungszusammenarbeit, Entwicklungspartnerschaften und spezielles entwicklungspolitisches Engagement in den Themenfeldern Fairer Handel und Faire Beschaffung, Global Nachhaltige Kommune, Kommunale Partnerschaften sowie Migration und Entwicklung. Mit der breiten Welle demokratischer Massenproteste in Nicaragua ab April 2018 gab es unter den Solidaritätsstrukturen das Bedürfnis eines bundesweiten Austauschs, manifestiert in Treffen in Frankfurt, Wuppertal, Berlin und Bielefeld, an denen auch die Städtepartnerschaftsgruppen wieder teilnahmen.

Für das Bielefelder Treffen wurde ein Musterbrief zur Nutzung durch alle Städtepartnerschaftsgruppen vorgelegt: „... Wir denken, dass unsere Stadt als Partnerstadt auch in der Verantwortung steht und entsprechend reagieren sollte. So sollten wir die bestehenden Verbindungen auch unter den schwierigen Bedingungen aufrechterhalten und zum Dialog nutzen. Dazu können auch Reisen von Delegationen gehören. Dabei muss jedoch immer wieder die Einhaltung der Menschenrechte eingefordert werden, darunter besonders die Unversehrtheit der Gefangenen, Rückzug und Entwaffnung der Paramilitärs, Gewaltverzicht und unparteiische Aufklärung aller Gewalttaten

seit April dieses Jahres. Entwicklungszusammenarbeit mit offiziellen staatlichen Stellen kann es unter diesen Bedingungen nicht geben, aber Projekte, die unmittelbar mit den Begünstigten vereinbart und ohne Einmischung von vertrauenswürdigen Organisationen der Zivilgesellschaft getragen werden, sollten auch fortgesetzt werden. Wir wissen, dass die Ortega-Regierung Städtepartnerschaften in ihrem Sinne stärken will. Davon dürfen wir uns nicht vereinnahmen lassen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie ein entsprechendes Schreiben an Ihre Amtskollegin / Ihren Amtskollegen in unserer Partnerstadt richten würden und dies auch der nicaraguanischen Botschafterin in Berlin zukommen ließen.“ Durch die Städtepartnerschaften gibt es eine gewisse lokal-mediale Aufmerksamkeit. Wenn der Vereinsvorsitzende von einer Reise in die Partnerstadt zurückkommt, wo er eine junge Aktivistin getroffen hat, die gerade vom Gefängnis in Hausarrest überführt wurde, wird das in Zeitungen gedruckt. Städtepartnerschaftsvereine beteiligten sich in der Folge an Unterschriftenaktionen und Mahnwachen für die politischen Gefangenen, so auch in Wuppertal zum Tag der Menschenrechte im Dezember 2018. Der Wuppertaler OB Andreas Mucke verfasste daraufhin einen Brief an den Bürgermeister Matagalpas, in dem er ihn unter Bezug auf die Unterschriften aufforderte, sich für die Menschenrechte in Nicaragua und die Fortführung der städtepartnerschaftlichen Projektarbeit einzusetzen. Gleichzeitig hat er diesen Brief als Muster an alle deutschen OBs mit Partnerschaften in Nicaragua geschickt. In einer fraktionsübergreifenden Resolution zur Städtepartnerschaft mit Matagalpa erklärt sich der Rat der Stadt Wuppertal solidarisch mit den Menschen in Nicaragua und empfindet es als seine Verantwortung, darauf hinzuwirken, dass Deutschland die schweren Menschenrechtsverletzungen kommentiert und sich um eine Beteiligung an der Lösung des Konflikts bemüht. Er fordert für die Menschen in Nicaragua und in seiner Partnerstadt Matagalpa eine Rückkehr zur Demokratie und zur Einhaltung der Menschenrechte. Menschenrechte sind unteilbar. Die Bundesregierung und die EU werden aufgefordert, alle geeigneten Einflussmöglichkeiten zu ergreifen, um die zivile Opposition in Nicaragua zu unterstützen und sich für die Freilassung aller politischen Gefangenen einzusetzen. Der Bürgermeister von Matagalpa antwortete mit einem „Hassvideo“ über die Proteste. Seitdem ruht die offizielle Partnerschaft, während bürgerschaftliches Engagement fortbesteht.

Der Städtefreundschaftsverein Frankfurt/Granada feierte im September 2019 seinen 30. Geburtstag. OB Peter Feldmann (SPD) lud in den Römer ein, gekommen war auch Julia de la Cruz Mena Rivera, die Bürgermeisterin von Granada. In seiner Rede betonte der Vereinsvorsitzende den politischen Charakter der Städtefreundschaft bereits seit der Entstehung als Signal gegen die Diktatur, gegen US-Sabotage und Contraüberfälle und für den Aufbau einer freien, unabhängigen und demokratischen Gesellschaft. Dann ging er auf die aktuelle Situation

ein, verurteilte die massiven Menschenrechtsverletzungen und forderte die Wiederherstellung demokratischer Freiheiten, gemäß dem obersten Ziel des Partnerschaftsvertrags, „die Bevölkerung von Granada aktiv in ihrem Streben nach Freiheit und Demokratie zu unterstützen“.

Relativ spät hat sich auch der Kölner Städtepartnerschaftsverein im Juli 2021 entschlossen, die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Corinto und El Realejo einzufrieren, um nicht propagandistisch ausgenutzt zu werden. Festgehalten werde an der Solidarität mit dem nicaraguanischen Volk, das in Nicaragua und in den Partnergemeinden für Demokratie und Menschenrechte kämpfe. Die Zusammenarbeit mit Frauen- und Umweltorganisationen werde weitergeführt und intensiviert. Weitere Unterstützung gelte allen Nicaraguaner*innen, die auf Grund ihrer politischen Einstellung verfolgt, verhaftet und diskriminiert würden. Dies gelte auch für diejenigen, die deswegen aus ihrem Land fliehen müssten. Oberbürgermeisterin und Ratsfraktionen der Stadt Köln wurden aufgefordert, die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Corinto / El Realejo kritisch zu überdenken und verfolgten nicaraguanischen Bürger*innen Unterstützung zu gewähren. Bürgermeisteramt und Stadtrat in Corinto und El Realejo sowie Projektpartner wurden informiert.

Weil die von der Regierung kontrollierte Nationalversammlung repressive Gesetze verabschiedet, die viele oppositionelle Aktivitäten als Terrorismus definieren, führen auch das Berliner Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg und die Stadtverwaltung von San Rafael del Sur keine gemeinsamen Projekte mehr durch, während auf zivilgesellschaftlicher Ebene die Zusammenarbeit weitergeht. Dennoch herrschte bei der Feier zum 35-jährigen Bestehen der Städtepartnerschaft im August 2021 Wehmut. Der Partnerschaftsverein beteiligt sich an Kundgebungen und Demos und vernetzt sich mit der nicaraguanischen Diaspora und den alten Solinetzwerken.

Auf einem virtuelles Austauschtreffen für kommunale Verwaltungen und Städtepartnerschaftsvereine im September 2021 wurde angesichts der aktuellen Entwicklungen beraten, wie mit dem Dilemma umgegangen werden könnte, das sich spätestens seit April 2018 für entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Kommunen in Nicaragua zeigt. Dabei wurden zivilgesellschaftliche Kriterien eingebracht, aber auch die strukturellen Bedingungen der Zusammenarbeit diskutiert, wie die immer stärker eingeschränkte Autonomie der Kommunen in Nicaragua und die Versuche des Regimes, die kommunale Zusammenarbeit in seinen polarisierenden Diskurs einzubauen und für die eigene Herrschaftssicherung zu nutzen. Da diktatorische Regime durch Sanktionen alleine nicht veranlasst werden, die Spielräume für zivilgesellschaftliches Engagement zu öffnen, muss dringend auch über Instrumente der zivilen Konfliktbearbeitung nachgedacht werden. Die über fast 40 Jahre gewachsenen Strukturen und Beziehungen der kommunalen Partnerschaften könnten auch hierfür gute Voraussetzungen schaffen. ■



Lieferdienste für Essen und Lebensmittel haben weltweit Hochkonjunktur, die Arbeitsbedingungen sind meist miserabel, egal ob in Europa, den USA oder Lateinamerika. Aber die Arbeiter*innen in diesen App-basierten Jobs wehren sich. In Lateinamerika organisierten die *Riders*, wie sich die Kurierfahrer*innen nennen, letztes Jahr vier internationale Streiktage. Für den 3. November 2021 hat die *Alianza Unidos World Action* weltweit zum Streik aufgerufen.

VON ALIX ARNOLD

Lieferdienste wie Uber Eats, Deliveroo, Rappi oder Glovo sind Paradebeispiele für die Arbeitsbedingungen in der sogenannten Gig-Economy: prekäre Beschäftigung, Scheinselbstständigkeit, überlange Arbeitszeiten, niedrige Löhne, bei großer Unfallgefahr und hohem Gesundheitsverschleiß. In Lateinamerika herrscht das Modell der Scheinselbstständigkeit vor. Die Fahrer*innen gelten nicht als Arbeiter*innen, auf Arbeitsrechte können sie sich nicht berufen. Aber vielleicht werden die *Riders* nun zum Vorbild für eine neue Art von Organisation und Kämpfen in diesem boomenden Bereich prekariisierter Arbeit.

In Berlin haben die *Riders* der Firma Gorillas, bei der viele Fahrer*innen aus Lateinamerika arbeiten, sich im *Gorillas Workers Collective* organisiert (siehe Interview in der *ila* 447) und seit Februar mit mehreren selbstorganisierten Streiks – hierzulande „wilde“ Streiks genannt – für erhebliches Aufsehen gesorgt. Während Gorillas die Lieferung der Bestellungen in zehn Minuten zusagt, sagen die Kolleg*innen: Wir organisieren uns in weniger als zehn Minuten.

In Lateinamerika machten die *Riders* bereits zu Beginn der Pandemie mobil. Obwohl sie zur Aufrechterhaltung der Versorgung beitrugen, als systemrelevant eingestuft und als Held*innen gefeiert wurden, bekamen sie für ihren Einsatz weder mehr Lohn noch die notwendigen Hygienemittel und Schutzmaßnahmen gegen Covid-19.

Am 22. April 2020 kam es unter der Parole #YoNoReparto (Ich liefere nicht) zu gleichzeitigen Aktionen von Fahrer*innen in Argentinien, Peru, Ecuador, Guatemala, Costa Rica und Spanien. Gefordert wurden verschiedene Verbesserungen, vor allem aber die Anerkennung als Arbeiter*innen. Beim nächsten internationalen Streik am 1. Juli waren auch die *Riders* in mehr als 20 Städten in Brasilien dabei. In São Paulo demonstrierten 5000 Fahrer*innen. Der größte